Politiker aus Israel und Palästina stellen Papst Friedensplan vor

29. Oktober 2024



Über ein Jahr dauert der Krieg zwischen der Terrororganisation Hamas und Israel. Doch es gibt auch Ideen für einen Weg zum Frieden. Eine davon hat sich Papst Franziskus von zwei Politikern aus der Region vortragen lassen.

Vatikanstadt (KNA) Papst Franziskus hat den früheren israelischen Ministerpräsident Ehud Olmert und den ehemaligen palästinensischen Außenminister Nasser Al-Kidwa am Donnerstag im Vatikan empfangen. Bei der mehr als 30-minütigen Unterredung habe man dem Papst Vorschläge für einen Friedensschluss für den Gazastreifen unterbreitet, sagten die Politiker dem Portal „Vatican News“ nach der Begegnung.

Sie fordern einen sofortigen Waffenstillstand, die Freilassung der noch von der Hamas festgehaltenen israelischen Geiseln sowie einer Anzahl palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen ebenso wie die Wiederaufnahme von Verhandlungen zur „Gründung zweier getrennter Staaten in Frieden“, so Al-Kidwa, Neffe des bekannten PLO-Führers Jassir Arafat (1929-2004).

Der Status Jerusalems habe den Papst am meisten interessiert, berichtete Olmert. „Wir denken an einen Sonderstatus für Jerusalem, der von einer Treuhandschaft von fünf Staaten verwaltet werden sollte.“ Auf jeden Fall sollten die Altstadt der politischen Kontrolle entzogen werden und den drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und

Islam unterstehen, die sie als heilige Gebetsstätte betrachten, betonte Olmert.

Jerusalem könne die Hauptstadt Israels in den Teilen sein, die bereits vor dem 5. Juni 1967 zu dem Land gehörten, zusätzlich zu den jüdischen Vierteln, die nach 1967 gebaut wurden. Al-Kidwa ergänzte, Jerusalem würde als Hauptstadt Palästinas alle arabischen Stadtteile umfassen, die vor dem
Krieg von 1967 nicht zu Israel gehörten.

Al-Kidwa forderte von Israel, sein Militär vollständig aus dem Gazastreifen abzuziehen und die Schaffung einer palästinensischen Verwaltungsentität zuzulassen. Ein temporärer Rat von Fachleuten in Verbindung mit dem Ministerrat der Palästinensischen Autonomiebehörde sollte innerhalb von 24 bis 36 Monaten Wahlen in den Palästinensergebieten vorbereiten, so der Ex-Minister.

Olmert erklärte, er sei bekanntermaßen auf Distanz zur Regierung von Benjamin Netanjahu, die dem „extremistischen Fanatismus“ zweier Minister untergeordnet sei. Ihn tröste die Tatsache, „dass 70 Prozent der Israelis dieser Koalition überdrüssig sind, des enormen Schadens, den sie Israel zugefügt hat und weiterhin zufügt“, so der bis 2009 regierende Premier. „Israel ist eine starke Demokratie und wird diese Regierung auf demokratische Weise überwinden.“

© KNA

Bild: neufal54 auf Pixabay

Stand: 13. November 2026